

Antrag von Mitgliedern

Mitgliederversammlung am 10.10.2026

Initiator_nnen:

Friedhelm Frischenschlager, Gustav Gressel, Alexander Weyrosta, Douglas Hoyos, Roman Pable, Helga Pattart-Drexler, Silvia Nadjivan, Christoph Hofer, Lukas Sustala, Martina Bednar, Clemens Ableidinger, Fiona Fiedler, Christine Reiterer, Arabel Bernecker-Thiel, Karl-Arthur Arlamovsky?, Sophie Wotschke, Dominik Oberhofer, Niko Swatek, Lisa Ficzkó, Claudia Gamon, Dieter Feierabend, Anna Stürgkh, Yannick Shetty, Christoph Wiederkehr, Beate Meinl-Reisinger, Markus Hofer, Sepp Schellhorn, Peter Berry, Helmut Brandstätter, Jonas von Einem, Felix Eypeltauer, Michael Sagmeister, Ines Holzegger, Sylvia Neuherz, Christoph Pramhofer, Birgit Obermüller, Janos Juvan, Thomas Jandl, Christoph Müller, Julian Fritsch, Jakob Dirnböck, Bettina Emmerling, Indra Collini, Fabienne Lackner, Henrike Brandstötter, Friedrich Grams, Gertraud Auinger-Oberzaucher, Lorenzo Friedl

Titel:

Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften Europa

Antragstext

1 **Ein sicheres Österreich in einem wehrhaften**
2 **Europa – grundsätzliche Positionen zur**
3 **Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

4 **1. Zur Ausgangslage**

5 NEOS bekennen sich zur regelbasierten globalen Ordnung und zum Multilateralismus

6 im Rahmen des Völkerrechts, der Vereinten Nationen (UNO) und der Allgemeinen
7 Erklärung der Menschenrechte (AEMR) sowie zum kollektiven militärischen
8 Sicherheitssystem der UNO und den Grundsätzen der Organisation für Sicherheit
9 und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Für ein kleines Land wie Österreich ist
10 eine internationale Ordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem
11 Recht des Stärkeren basiert, entscheidend, um eigene Interessen zu wahren und
12 nationale Sicherheit zu gewährleisten sowie in einer geordneten, globalen
13 Struktur durch internationalen Handel unseren Wohlstand zu erhalten.

14 Sicherheit ist keine ausschließlich militärische Aufgabe. Moderne
15 Sicherheitspolitik umfasst den Schutz demokratischer Institutionen ebenso wie
16 die Verteidigung der territorialen Integrität, den Schutz kritischer
17 Infrastruktur, wirtschaftliche Resilienz, technologische Souveränität und die
18 Fähigkeit, auf hybride Kriegsführung wirksam zu reagieren. NEOS bekennen sich
19 daher zu einem gesamtheitlichen, gewaltpräventiven Zugang (Comprehensive
20 Approach), der militärische, zivile, wirtschaftliche und gesellschaftliche
21 Instrumente verbindet. Militärische Fähigkeiten bleiben als letztes Mittel
22 unverzichtbar. Dauerhafte Sicherheit und Frieden setzen zugleich Demokratie,
23 Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen
24 Zusammenhalt voraus.

25 Umfassende Sicherheit heißt für Österreich: Ein Leben in Frieden und nach
26 unseren Wertvorstellungen. Es gilt, Krieg von vornherein zu verhindern, auch
27 durch militärische Abschreckung. Glaubhafte Abschreckung entsteht nicht durch
28 Deklarationen, sondern durch militärische Stärke, die einem potenziellen
29 Angreifer von vornherein das Scheitern eines Krieges vor Augen führt. Der
30 Landesverteidigungsbericht 2026/27 hält hierzu fest: „Einzelstaaten können
31 diesen Herausforderungen nicht mehr alleine begegnen, daher ist eine europäische
32 Sicherheitslösung unerlässlich.“

33 Für ein Land der Größe und Bevölkerung Österreichs ist einzelstaatliche
34 Verteidigung daher schlicht nicht machbar. Friedenssicherung durch Abschreckung
35 ist folglich nur aufbauend auf europäischer Verteidigung im Verbund möglich –
36 über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen
37 Union, gegenseitige Beistandspflichten und Projekte mit europäischen
38 Partnerländern, wie im Fall von integrierter Luftverteidigung. Eine
39 bedrohungsgerechte, hochwertige militärische Landesverteidigung – eingebettet in
40 die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen
41 Union – ist dabei unerlässlich. Daraus folgt die Notwendigkeit, die eigene Lage
42 klar zu benennen und europäische wie transatlantische Optionen zur
43 Friedenssicherung realistisch einzuschätzen.

44 Die österreichische Neutralität entstand 1955 unter den Bedingungen des Kalten
45 Krieges: als Kompromiss zwischen den Blöcken, abgesichert durch das
46 Gleichgewicht der Supermächte. Diese Voraussetzungen gelten heute nicht mehr.
47 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Cyberoperationen, Sabotage und
48 Drohnen- wie Raketenbedrohungen gegen Europa haben die Lage grundlegend
49 verändert. Zugleich sind die Vereinigten Staaten kein vertrauenswürdiger
50 Bündnispartner mehr, auf dessen verlässlichen Schutz Europa bauen kann.
51 Washington fordert ausdrücklich, dass Europa sich konventionell verstärkt selbst
52 verteidigen müsse. Wer diese Ansage ignoriert, überlässt die europäische

53 Sicherheit dem Goodwill der USA.

54 Österreich ist heute nicht mehr Frontstaat zwischen NATO und Warschauer Pakt,
55 sondern NATO-EU-Binnenland. Ein isolierter konventioneller Angriff ist heute nur
56 im Rahmen einer umfassenden kriegerischen bzw. hybriden Konfliktsituation im
57 europäischen Rahmen denkbar. Österreichs Sicherheitsinteressen sind daher
58 untrennbar mit jenen Europas verbunden. Die Konsequenz: Nicht österreichische
59 Isolation, sondern die Bündelung europäischer Kapazitäten, um autonom
60 abschrecken zu können. Ein Land, das in der veränderten geopolitischen Situation
61 militärisch schwach bleibt, nachrichtendienstlich alleinsteht und sich aus
62 europäischen Verteidigungsstrukturen heraushält, begibt sich außerhalb des
63 einzigen wirksamen Sicherheitsrahmens für Österreich und seine Bürger:innen.
64 Neutralität schützt nicht. Sie beschreibt einen Rechtsstatus und kann jedenfalls
65 heute nicht mehr als Sicherheits- und Verteidigungsstrategie dienen.

66 Durch die Volksabstimmung und den EU-Beitritt 1995 wurde die österreichische
67 Neutralität bereits verfassungsrechtlich abgeändert und wesentlich
68 eingeschränkt. Nach Art. 23j B-VG wirkt Österreich an der Gemeinsamen Außen- und
69 Sicherheitspolitik mit; damit hat es sich zur Gemeinsamen Sicherheits- und
70 Verteidigungspolitik sowie zur Beistandspflicht nach Artikel 42 Absatz 7 EUV
71 bekannt: Seitdem gilt, dass innerhalb der Europäischen Union Beistand vor
72 Neutralität geht. Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat
73 schulden dem Angegriffenen alle EU-Mitglieder, also auch Österreich, Hilfe und
74 Unterstützung. Neutralität im Falle eines Angriffs auf einen EU-Partner wäre
75 keine Friedenspolitik, sondern Vertrags- und Solidaritätsbruch mit gravierenden
76 politischen Konsequenzen für Österreich.

77 Ebenso entscheidend wie militärische Abschreckung ist der Ausbau der
78 gesamtstaatlichen Resilienz. Sicherheit beginnt nicht erst an der Staatsgrenze,
79 sondern in einer widerstandsfähigen Gesellschaft, die den Willen besitzt, ihre
80 Heimat und Europa zu verteidigen. Daher müssen der Schutz kritischer
81 Infrastruktur, die Versorgungssicherheit mit Energie und Rohstoffen, der Schutz
82 digitaler Systeme, die Bekämpfung von Desinformation sowie demokratische
83 politische Bildung zentrale Bestandteile österreichischer und europäischer
84 Sicherheitspolitik sein. Demokratie muss gegen äußere Einflussnahme ebenso wie
85 gegen innere Polarisierung und Extremismus wehrhaft sein.

86 NEOS bekennen sich zudem klar zur Ukraine als wesentlichem Teil der europäischen
87 Sicherheitsarchitektur. Ihr Verteidigungskampf schützt nicht nur ihre eigene
88 staatliche Souveränität, sondern verteidigt auch die europäische Unabhängigkeit
89 und Friedensordnung, das Völkerrecht und die Grundprinzipien internationaler
90 Zusammenarbeit. Solange die Ukraine hält, bleibt die Abschreckungslinie vor der
91 EU; fiel sie, rückte die Bedrohung auch an Österreich näher heran.

92 **2. Ziele und Aufgaben der österreichischen Sicherheits- und** 93 **Verteidigungspolitik**

94 Das österreichische Bundesheer muss auf die sicherheitspolitischen Anforderungen
95 der kommenden Jahrzehnte vorbereitet sein, um zum Frieden durch Abschreckung im

96 europäischen Verbund beitragen zu können. Dafür braucht es moderne Ausrüstung,
97 ausreichende Finanzierung, Personal und volle Interoperabilität mit den
98 Streitkräften europäischer Partner. Österreich muss sich verstärkt an der
99 europäischen Ausbildungs-, Beschaffungs- und Fähigkeitsplanung beteiligen,
100 weiterhin NATO-kompatible Standards implementieren und Kräfte für eine
101 gemeinsame europäische Abschreckung bereitstellen. Es muss zu qualitativ und
102 quantitativ adäquaten Beiträgen für gemeinsame Missionen bereit und fähig sein.
103 Das Bundesheer muss sowohl zur klassischen Landesverteidigung als auch zum
104 Schutz kritischer Infrastruktur, zur Cyberverteidigung und zur europäischen
105 Krisenvorsorge befähigt sein. Eine stärkere Einbindung in europäische
106 Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen ist hierfür unerlässlich.

107 Angesichts wachsender Unsicherheiten über die zukünftige Rolle der USA muss
108 Europa seine sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken. Im Sinne
109 strategischer Autonomie muss Europa wegfallende US-Beiträge an Truppen und
110 Fähigkeiten durch eigene Kapazitäten ersetzen. Das heißt konkret: einen
111 eigenständigen europäischen Flügel der NATO durch konsequente Interoperabilität
112 und Durchhaltefähigkeit sowie militärische Kooperation innerhalb der
113 Europäischen Union weiter zu stärken. NEOS treten für eine kontinuierliche
114 Vertiefung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Ziel ist
115 eine Europäische Union, die außen- und sicherheitspolitisch entscheidungs- und
116 handlungsfähig ist, damit sie ihre Bürger:innen wirksam schützen und als
117 glaubwürdiger sicherheitspolitischer Akteur internationale Verantwortung
118 übernehmen kann.

119 Österreich soll seinen Verpflichtungen aus der EU-Mitgliedschaft, insbesondere
120 aus Artikel 42 Absatz 7 EUV, nachkommen und diese nicht unter Berufung auf die
121 Neutralität anzweifeln. Die sogenannte „Irische Klausel“ macht den Beistand im
122 Ernstfall nicht optional. Österreich soll daher im Beistandsfall militärisch wie
123 zivil helfen können: mit Streitkräften, zivilen Beiträgen, Logistik, Medizin,
124 Cyberfähigkeit, Schutz kritischer Infrastruktur sowie Versorgung, Beschaffung
125 und industrieller Durchhaltefähigkeit. Was Österreich in jedem dieser Bereiche
126 beitragen kann, muss vorab definiert und tatsächlich bereit gehalten werden.
127 Obwohl eigentlich selbstverständlich, muss Österreich unmissverständlich außer
128 Streit stellen, dass es die Durchfuhr militärischer Güter und Truppen
129 europäischer Partner im Beistandsfall nicht behindert.

130 Solange die im Vertrag über die Europäische Union (Artikel 42 Absatz 2 EUV)
131 angelegte Europäische Verteidigungsunion nicht realisiert ist, gilt es,
132 Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den bestehenden europäischen Strukturen
133 umzusetzen und zu vertiefen. Österreich braucht dafür eine ehrliche und
134 ideologiefreie Debatte über seine Rolle im europäischen Verbund. Österreich
135 nimmt jedenfalls dort vollinhaltlich teil, wo europäische und partnerschaftliche
136 Verteidigung heute organisiert wird: in der Ständigen Strukturierten
137 Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO), dem Europäischen
138 Verteidigungsfonds (EDF), dem European Defence Industry Programme (EDIP), der
139 European Sky Shield Initiative (ESSI), der Initiative für militärische Mobilität
140 sowie in Missionen und Übungen im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden
141 (PfP).

142 **3. Die Umsetzung der Ziele**

143 Die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern rasches
144 Handeln. Für die Gegenwart und Zukunft sind daher folgende Maßnahmen zu setzen:

145 **3.1. Sofortige Maßnahmen**

146 **Offenen Dialog zur österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen**

147 Ein breiter öffentlicher Dialog über Österreichs Sicherheits-, und
148 Verteidigungspolitik im europäischen Verbund und in diesem Zusammenhang über die
149 Neutralität ist unerlässlich. Klar ist für NEOS, dass das Festhalten am
150 Neutralitätsverständnis aus der Zeit des Kalten Krieges keine Basis für
151 Österreichs zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein kann und daher
152 in diesem Prozess zu überdenken ist. Es gilt Bewusstseinsarbeit dafür zu
153 leisten, dass heute eine zeitgemäße solidarische Sicherheits- und
154 Verteidigungspolitik, die militärische, zivile, wirtschaftliche, technologische
155 und gesellschaftliche Sicherheit integriert, im Interesse Österreichs liegt. Das
156 setzt eine solidarische Rolle Österreichs innerhalb der europäischen
157 Sicherheitsarchitektur voraus.

158 **Militärische Einsatzfähigkeit des Bundesheeres nachhaltig erhöhen**

159 Der Aufbauplan 2032+ und die Personalstruktur des Bundesheeres sind an die im
160 jährlichen Risikobild identifizierten Erfordernisse anzupassen. Dazu gehören
161 insbesondere die beschleunigte Modernisierung der Ausrüstung, der Ausbau der
162 Luftraumüberwachung bzw. -verteidigung auf Basis neuer Technologien, eine
163 zeitgemäße Drohnen- und Cyberabwehr, der Schutz kritischer Infrastruktur sowie
164 eine bessere Personalgewinnung und die Attraktivierung militärischer Laufbahnen.

165 **Interoperabilität mit europäischen Partnern konsequent ausbauen**

166 Gemeinsame Ausbildungsprogramme, multinationale Übungen, NATO-Standards und
167 gemeinsame Fähigkeitsentwicklung sind verstärkt umzusetzen. Als Good Practice
168 gilt insbesondere die vollständige Einbindung in die NATO-Partnerschaft für den
169 Frieden (PfP) zur Stärkung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit.

170 **Europäische Luftraumüberwachung und -verteidigung stärken**

171 Österreich soll verstärkt an europäischen Luftraumverteidigungsprojekten wie Sky
172 Shield teilnehmen. Die österreichische Luftraumüberwachung und -verteidigung
173 sind entsprechend dem neuen Risikobild in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten
174 neu aufzustellen und zu stärken. Dazu gehört ein automatischer, möglichst
175 Echtzeit-Austausch von Sensor- und Luftlagedaten mit europäischen Partnern,
176 damit Bedrohungen früh erkannt, ein gemeinsames Lagebild entstehen und der
177 eigene Luftraum wirksamer geschützt werden kann.

178 **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktiv mitgestalten**

179 Die Strukturplanung des Österreichischen Bundesheeres hat sich an den
180 Anforderungen einer vorbehaltlosen Umsetzung der Solidaritätsverpflichtungen
181 nach Artikel 42 Absatz 7 EUV auszurichten. Österreichs Mitwirkung an der
182 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union,
183 an PESCO-Projekten, der Europäischen Verteidigungsagentur und weiteren
184 europäischen Kooperationsformaten, etwa den EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment
185 Capacities, RDC), ist zu intensivieren. Als solidarischer Partner schützt
186 Österreich seine Transportinfrastruktur für den Transit von Truppen und
187 Hilfsgütern und beteiligt sich in Zukunft ohne Vorbehalt an der europäischen
188 Initiative zur Stärkung der militärischen Mobilität EMERS (European Military
189 Mobility Enhanced Response System).

190 **Gemeinsame europäische Rüstungs- und Beschaffungspolitik vorantreiben**

191 Gemeinsame Beschaffung und Rüstungsprojekte sollen zunehmend Doppelgleisigkeiten
192 abbauen, Skaleneffekte ermöglichen, die europäische Verteidigungsindustrie
193 stärken und Europas technologische Souveränität ausbauen. Das heißt: Die
194 Rüstungsbeschaffung hat aufgrund gemeinsamer Planung zu erfolgen und – soweit
195 möglich und sinnvoll – europäische Produkte zu priorisieren. Aktuell erfolgt nur
196 ein geringer Teil der europäischen Rüstungsbeschaffung gemeinsam. Nationale
197 Alleingänge treiben Kosten in die Höhe und verhindern die dringend notwendige
198 Standardisierung von Gerät und Ausrüstung. Künftig müssen EU-Mittel daher klar
199 an gemeinsame Beschaffung gebunden werden. Beschaffung im Rahmen europäischer
200 Kooperationen soll in Zukunft automatisch gesetzeskonform sein. Derzeit müssen
201 österreichische Partnerländer befürchten, dass sie an einem österreichischen
202 Weiterverkaufsverbot scheitern, was einen erheblichen Wettbewerbsverlust für die
203 österreichische Wirtschaft mit sich bringt. Das Kriegsmaterialgesetz ist hierfür
204 zu reformieren.

205 **Spionage unterbinden – Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit stärken**

206 Österreich muss den Ruf ablegen, ein Zentrum für Spionage gegen die Interessen
207 unserer Partner zu sein. Der Spionageparagraph im Strafrecht muss Spionage nicht
208 nur gegen österreichische Interessen, sondern auch gegen unsere internationalen
209 und insbesondere europäischen Partner, juristische und natürliche Personen
210 innerhalb der EU (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Oppositionspolitiker:innen,
211 etc.) und gegen Internationale Organisationen unter Strafe stellen. Um Spionage,
212 aber auch Gefährdungen österreichischer oder Partnerinteressen rechtzeitig
213 aufklären zu können, sollen die Befugnisse unserer Nachrichtendienste an
214 europäische Normen angeglichen werden. Österreichs Dienste müssen aktive Partner
215 in Europa werden, anstatt nur passive Informationsempfänger zu sein.

216 **Europäische Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Sektoren ausbauen**

217 Die Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste, Cyberabwehr und
218 Terrorismusbekämpfung sowie der systematische Informationsaustausch innerhalb
219 Europas sind sukzessive zu vertiefen. Europol soll als zentrale europäische
220 Koordinations- und Analyseagentur gestärkt werden.

221 **Eine umfassende nationale Resilienzstrategie entwickeln**

222 Energie-, Digital-, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, strategische
223 Reserven, Lieferketten und der Schutz kritischer Technologien sind als integrale
224 Bestandteile nationaler Sicherheit zu definieren. Nationale
225 Cyberabwehrkapazitäten und der Schutz kritischer Infrastruktur sind in
226 europäischer Zusammenarbeit weiter auszubauen. Langfristig ist eine
227 gesamtstaatliche Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die Bevölkerungsschutz,
228 Zivilschutz, Krisenvorsorge und militärische Landesverteidigung stärker
229 verzahnt.

230 **Die demokratische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Österreichs und der** 231 **EU festigen**

232 Politische und demokratische Bildung, Verständnis für neue Technologien wie
233 Künstliche Intelligenz (KI), Medienkompetenz, die Bekämpfung extremistischer
234 Radikalisierung sowie Maßnahmen gegen Desinformation und digitale Manipulation
235 durch innere und äußere Akteure sind – im europäischen Verbund durch einen
236 European Democracy Shield – zu stärken. Demokratiebildung, gesellschaftlicher
237 Zusammenhalt, digitale Souveränität, wissenschaftliche Exzellenz,
238 Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sind als tragende
239 Säulen moderner Sicherheitspolitik weiterzuentwickeln.

240 **Die Ukraine weiter unterstützen**

241 Die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine ist
242 durch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten konsequent fortzuführen.
243 Ihr Wiederaufbau und ihre langfristige Einbindung in die europäische
244 Sicherheitsarchitektur sind aktiv zu unterstützen. Dabei sind ihre einzigartigen
245 Erfahrungen in moderner Verteidigung, Cyberabwehr und innovativen
246 Militärtechnologien zu nutzen.

247 **3.2. Langfristige Maßnahmen**

248 **Einen österreichischen Beitrag zur Europäischen Strategischen Autonomie** 249 **entwickeln**

250 Ziel muss die Verringerung kritischer Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen,
251 Halbleitern, Künstlicher Intelligenz, digitalen Plattformen und
252 sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien sein.

253 **Europäische Sicherheits- und Innovationspolitik stärken**

254 Forschung, Start-ups und Dual-Use-Technologien im Sicherheitsbereich sind
255 gezielt zu fördern. Dazu braucht es mehr EU-Mittel, schnellere
256 Zulassungsverfahren und bessere Verknüpfung von ziviler und militärischer
257 Innovation – im Sinne der Draghi- und Letta-Reports. So steigert Europa seine

258 technologische Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit.

259 **Die Europäische Verteidigungsunion nach Artikel 42 Absatz 2 EUV vollenden**

260 Eine handlungsfähige Europäische Verteidigungsunion ist als Ziel der
261 europäischen Integration über die Grenzen der EU hinaus zu unterstützen.
262 Österreich soll sich dabei als konstruktiver Mitgestalter positionieren.
263 Allfällige Bündnisentscheidungen dürfen keinesfalls über die Köpfe der
264 Bürger:innen hinweg fallen. Sicherheitspolitik gewinnt nur Bestand, wenn sie
265 erklärt und getragen wird.

266 **Zwischenschritt bis zur Europäischen Verteidigungsunion**

267 23 von 27 EU-Mitgliedsstaaten gehören der NATO an. Diese 23 Staaten tragen
268 aktuell die Hauptlast der konventionellen Sicherheits- und Verteidigungsleistung
269 Europas und bestimmen daher maßgeblich deren aktuelle Verteidigungspolitik.
270 Österreich muss sich dieser Entwicklung pragmatisch stellen und seine
271 verteidigungspolitische Planung ohne Vorbehalte auf diese aktuelle
272 konventionelle Verteidigungsstruktur in Europa ausrichten. Das alles schließt
273 die europäische Verteidigungsunion als langfristiges Ziel keinesfalls aus.
274 Österreich unterstützt diese Vision und ist bereit, seinen Beitrag dazu zu
275 leisten.

276 **Eine eigenständige EU-Armee aufbauen**

277 Die EU-Eingreiftruppen (Rapid Deployment Capacities) sollen schrittweise zu
278 permanenten gemeinsamen europäischen Streitkräften weiterentwickelt werden – mit
279 gemeinsamen Kommandostrukturen, Ausbildung, integrierter Logistik, Beschaffung
280 und Budget. Als logische Konsequenz des NEOS-Ziels der Vereinigten Staaten von
281 Europa entsteht hieraus die Basis für eine eigenständige EU-Armee. Diese beruht
282 auf Freiwilligkeit. Parallel dazu werden für regionale Sicherungsaufgaben – vor
283 allem zur Abwehr hybrider Angriffe – weiterhin nationale militärische und zivile
284 Sicherheitskräfte notwendig sein. Damit die Europäische Union eigenständig die
285 Sicherheit ihrer Bürger:innen gewährleisten kann, müssen alle Mitgliedsstaaten –
286 darunter selbstverständlich auch Österreich – die erforderlichen politischen und
287 rechtlichen Schritte zur gemeinsamen Integration der militärischen Kapazitäten
288 und darüber hinaus zum Aufbau einer EU-Armee setzen.

289 **4. Schlussbemerkung**

290 Dieses Programm definiert die grundsätzlichen Positionen zu Österreichs
291 Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es ist offen für Weiterentwicklungen.
292 Nicht zuletzt, weil der Abschluss der neuen Österreichischen
293 Sicherheitsstrategie (ÖSS) erst bevorsteht und eine neue Europäische
294 Sicherheitsstrategie (ESS) der Europäischen Union angekündigt ist. Die
295 geopolitische Lage ändert sich rasch. Das schließt jeden Dogmatismus aus.